



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Aktuelle Rechtsprechung und Aufsätze

Stand: Juni 2024

Die Übersicht ist thematisch und innerhalb der jeweiligen Themenkomplexe chronologisch gegliedert. Bitte beachten Sie, dass Themen aus dem Bereich der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung auch im Strafprozessrecht auffindbar sein können.

Eine Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit kann nicht übernommen werden.

**Prof. Dr. Clemens Arzt
Prof. Dr. Gritt Beger
Prof. Dr. Annika Dießner
Prof. Dr. Carolyn Tomerius**

**Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement
Forschungsinstitut für öffentliche und private Sicherheit
(FÖPS Berlin)**

Inhaltsverzeichnis

Das Inhaltsverzeichnis ist interaktiv.
Sie gelangen mit Klicken direkt zum genannten Thema.
Beim Klicken auf die Überschriften gelangen Sie wieder zum Inhaltsverzeichnis.

Polizeirecht Rechtsprechung	3
Polizeirecht Aufsätze	4
Strafprozessrecht Rechtsprechung	5
Strafprozessrecht Aufsätze	6
Versammlungsrecht Rechtsprechung	6
Versammlungsrecht Aufsätze	7
Präventiv-polizeiliche Eingriffe im Straßenverkehr (Rechtsprechung und Aufsätze)	8

Polizeirecht Rechtsprechung

Recht Verurteilter auf Löschung aus Polizeiregister: Personenbezogene und insbesondere biometrische und genetische Daten, die Polizeibehörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung erhoben worden sind, die wegen einer vorsätzlichen Officialstrafat rechtskräftig verurteilte Personen betreffen, müssen regelmäßig überprüft werden, ob diese noch notwendig sind, und der betroffenen Person ist das Recht auf Löschung dieser Daten zuerkennen, falls dies nicht der Fall ist.	EuGH, 30.01.2024, CR 2024, 177 = DÖV 2024, 339 (Ls.)
Generalklausel des § 80 I SächsPVDG erfasst automatisierte Datenanalysen und –auswertungen nicht. Aufgrund Parlamentsvorbehalt bedarf es für derartig tief in Grundrechte eingreifende Datenverarbeitungen spezifischer Ermächtigungsgrundlage. Zweckwahrende Weiterverarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere Speicherung über das Ausgangsverfahren hinaus, ist verfassungsgemäß, wenn zur Abwehr künftiger Gefahren mit hinreichender Wahrscheinlichkeit als Spurenansatz unerlässlich. Zweckändernde Weiterverarbeitung personenbezogener Daten genügt Prinzip der hypothetischen Datenneuerhebung, wenn sich aus den Informationen im Einzelfall konkrete Ermittlungsansätze zur Abwehr von Gefahren für vergleichbar gewichtige Rechtsgüter oder zur Aufdeckung vergleichbar gewichtiger Straftaten ergeben.	SächsVerfGH, 25.01.2024, SächsVBI 2024, 151 = GSZ 2024, 83 = Anm. Roggan, NVwZ 2024, 719
Bereits ein einzelnes gravierendes Ereignis kann geeignet sein, den Schluss des Dienstherrn auf eine fehlende persönliche Eignung des Widerrufsbeamten zu rechtfertigen, wenn dieses die charakterlichen Mängel des Beamten hinreichend deutlich zutage treten lässt.	OVG Saarlouis, 13.12.2023, NVwZ-RR 2024, 520
Nicht jegliche im Internet veröffentlichte Information, die sich auf personenbezogene Daten bezieht, fällt unter den Begriff der „journalistischen Tätigkeiten“. Zwar kann ein im Internet veröffentlichtes Video über eine Polizeimaßnahme als journalistische Tätigkeit anzusehen sein, wenn damit auf angeblich rechtswidrige Praktiken der Polizei aufmerksam gemacht werden soll.	KG, 30.11.2023, ZD 2024, 402 (Anm.Klaas)
Frage, ob und ggf. welche ordnungsrechtlichen Eingriffsbefugnisse bestehen, wenn Lärm von größerer Menschenmenge ausgeht, deren Teilnehmer sich in angemessener Lautstärke unterhalten, stellt sich bei einem „Partytreff“ auf einem öffentlichen Platz solange nicht, wie die Behörde nicht gegen Einzelereignisse, die den Lärmpegel signifikant erhöhen und die Nachtruhe erheblich stören, wie Schreien, Rufen, Grölen etc., effektiv einschreitet. Die von der Behörde zu treffende Ermessensentscheidung über ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen unzumutbaren Lärm ist fehlerhaft, wenn diese ihre Handlungsmöglichkeiten nicht vollständig erkannt und erwogen hat.	OVG NRW, 28.09.2023, DÖV 2024, 281
Wer mit seinem Handy während einer Verkehrskontrolle unbefugt ein nichtöffentlich gesprochenes Wort eines anderen, nämlich die mündlichen Äußerungen von Polizeibeamten aufnimmt, handelt § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB zuwider und wird bestraft.	LG Hanau, 29.06.2023, Polizei 2024, 194
Schadensersatz bei Biss - wird ein Polizeihund während eines Einsatzes gegenüber einer randalierenden Personengruppe zulässigerweise ohne Maulkorb geführt, so muss der den Hund führende Beamte ihn so weit beherrschen, dass der Hund nicht willkürlich zubeißen kann. Das Land trägt bezüglich des in Betracht kommenden Verschuldens (Fahrlässigkeit) des Hundeführers die Darlegungs- und Beweislast.	OLG Saarbrücken, 11.05.2023, NVwZ-RR 2024,329

Polizeirecht Aufsätze

Das Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes	Thiel, GSZ 2024, 89
Das neue Bundespolizeigesetz auf dem menschenrechtlichen Prüfstand	Möllers, RuP 2024, 198
§ 9 Sächsisches Polizeibehördengesetz (SächsPBG) und die Gemeindliche-Vollzugsbediensteten-Verordnung (GemVollzVO) des Staatsministeriums des Innern - oder der Berg kreißte sehr, sehr lange und gebar eine Maus?	Elzermann, SächsVBI 2023, 329
„Verpolizeilichung“ der Bundespolizei? Zum aktuellen Stand der Reform des Bundespolizeigesetzes	Thiel, KriPoZ 2024, 114
Der Polizeibeauftragte des Bundes. Über Möglichkeiten und Grenzen der parlamentarischen Kontrolle exekutiven Handelns	Roggan, RuP 2024, 117
Unabhängige Polizeibeauftragte – ein Kontrollmechanismus im Spannungsfeld zwischen umstrittener Gesetzesnotwendigkeit und Forderungen nach Deregulierung der öffentlichen Verwaltung	Walter, BayVBI 2024, 397
Der polizeiliche Umgang mit psychisch Kranken nach dem neuen PsychKHG Rheinland-Pfalz (Teil 1 und 2)	Schulz, Polizeiinfo 06/2023, 37 Polizeiinfo 02/2024, 35
Clearview AI: das Ende der Anonymität? – Zulässigkeit der App (Teil 1), Einsatz der Clearview-App durch die Polizei (Teil 2)	Martini/Kemper, CR 2023, 341, 414
Polizeiliche Bodycamaufnahmen als Beweismittel im Strafverfahren in Nordrhein-Westfalen	Konietzko, Kriminalistik 2023, 515
BKA-Produkttest von Gesichtserkennungssoftware offenbart verfassungsrechtliche Fehlverständnisse	Zöller, VerfBlog 2024/3/31
Die Neuregelung der Datenübermittlung vom Bundesamt für Verfassungsschutz an die Polizei zur Gefahrenabwehr	Ramm, GSZ 2024, 105
DSGVO oder Sächsisches Datenschutz-Umsetzungsgesetz – sächsische Gefahrenabwehrbehörden zwischen den Stühlen	Mauersberger, SächsVBI 2024, 218
Grundlagen des Rechts der weiteren polizeilichen Datenverarbeitung	Trurnit, Die Polizei 2024, 208
„Zwischen Daten und Granaten“ – die Entscheidung des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes vom 25.01.2024 zum Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechtes des Freistaates Sachsen	Eichenhofer/Böttner, SächsVBI 2024, 133
Das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes zur Polizeirechtsnovelle 2019	Walther, SächsVBI 2024, 143
Zur Einführung von Bodycams bei der Polizei: Erwartungen und Zielkonflikte	Jung/Ley, Polizeiinfo 06/2023, 10
Die Übermittlung von Verkehrsdaten an Sicherheitsbehörden	Bäcker, GSZ 2024, 71
Die Übermittlung von Verkehrsdaten an Nachrichtendienste	Aicher, GSZ 2024, 69
Abhörung des Pressetelefons der „Letzten Generation“ als unrechtmäßiger Eingriff in die Pressefreiheit	Fricke, Vorgänge 243, 121
Schmerzgriffe - Effiziente Praktik oder Gift für den freiheitlichen Rechtsstaat?	Bernstorff/Scheinfeld, VerfBlog, 2024/7/01
Schmerzgriffe als Technik in der polizeilichen Praxis - Zur Verselbständigung und Normalisierung polizeilicher Gewalt	Grau/Singelstein, VerfBlog, 2023/7/20
Schmerzgriffe und Menschenrechte	Ahmand/Bernstorff, VerfBlog, 2024/7/02
Selbstverteidigung gegen Schmerzgriffe - Notwehrbefugnisse bei rechtswidrigen Polizeieinsätzen	Heinrich, VerfBlog, 2024/7/02
Der hohe Preis der Effektivität - Schmerzgriffe und ihr negativer Einfluss auf das Vertrauen in eine rechtsstaatlich und fair handelnde Polizei	Ruch, VerfBlog, 2024/7/04
Versteckte Gewalt - Zur Polizei, Schmerzgriffen und moderner Empfindsamkeit	Dömming, VerfBlog, 2024/7/05

Aber wer bewacht die Wächter? - Zu unabhängigen Ermittlungen gegen Polizist:innen	Derin/Singelstein, VerBlog, 2024/7/03
Körperverletzung im Amt - Strafbarkeit und Amtshaftung bei unnötigen polizeilichen Schmerzgriffen	Scheinfeld, VerBlog, 2024/7/03
Peinigen statt Wegtragen - Unverhältnismäßigkeit von Schmerzgriffen gegen friedlich Protestierende	Wieland, VerBlog, 2024/7/01
Polizei und Taser - Ein riskantes Einsatzmittel mit dem Potential der Normalisierung polizeilicher Gewaltanwendung	Ruch, VerBlog, 2024/3/29
Polizeigebühren für Klimaaktionen?	Böhm, DÖV 2024, 501
Wenn die Bundespolizei umsonst, aber nicht kostenlos ausrückt	Seifert, Polizeiinfo 02/2024, 13
Aber wer bewacht die Wächter? - Zu unabhängigen Ermittlungen gegen Polizist:innen	Derin/Singelstein, VerBlog, 2024/7/03
Anforderungen an die Verfassungstreue von Hoheitsträgern	Köhne, NVwZ 2024, 646
Zum Umgang mit tätowierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten innerhalb der Organisation am Beispiel der Polizei Baden-Württemberg	Köhler/Engler, Polizeiinfo 02/2024, 2
Menschenfeindlichkeit in den Sicherheitsbehörden	Ciftci, KR 2024, 197
Die beamtenrechtliche Gefahrentragungspflicht – modus procedendi zur Verpflichtung von Polizeivollzugsbeamten?	Lambiase/Bretscheider, Polizei 2024, 174

Strafprozessrecht Rechtsprechung

Europol und der Mitgliedstaat, in dem aufgrund einer widerrechtlichen Datenverarbeitung im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Europol und diesem Mitgliedstaat ein Schaden eingetreten ist, haften für diesen Schaden gesamtschuldnerisch.	EuGH, 05.03.2024, CR 2024, 237
Eine Durchsuchung erfordert das Betreten eines geschützten Raums, das der ziel- und zweckgerichteten Suche nach Personen oder Sachen dient und mit einem entsprechenden Augenschein verbunden ist. Das Hineinleuchten mit einer Taschenlampe in ein kleines, dunkles Zimmer innerhalb einer Wohnung erfüllt diese Voraussetzungen nicht.	BGH, 06.05.2024, NStZ-RR 2024, 220
Der für die Durchsuchung der Wohnung erforderliche Verdacht (hier: Besitzkinderpornographischer Schriften) entfällt mit Eintritt der Verfolgungsverjährung.	LG Bremen, 29.02.2024, StV 2024, 292
Die Sicherstellung eines Mobiltelefons und die Auswertung der darauf (lokal oder extern) gespeicherten Daten durch die Strafverfolgungsbehörden sind ohne vorherige Bewilligung eines Gerichts verfassungswidrig.	ÖvFGH, 14.12.2023, ZD 2024, 338
Recht Verurteilter auf Löschung aus Polizeiregister: Personenbezogene und insbesondere biometrische und genetische Daten, die Polizeibehörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung erhoben worden sind, die wegen einer vorsätzlichen Officialstrafat rechtskräftig verurteilte Personen betreffen, müssen regelmäßig überprüft werden, ob diese noch notwendig sind, und zu löschen falls dies nicht der Fall ist.	EuGH, 30.01.2024, CR 2024, 177 = EuGRZ 2024, 95
Der auf § 102 StPO gestützte Durchsuchungsbeschluss für die Wohnung des Beschuldigten rechtfertigt regelmäßig auch die Durchsuchung eines vom erwachsenen Kind des Beschuldigten bewohnten Zimmers, das Teil der Wohnung ist.	LG Nürnberg-Fürth, 06.12.2023, NJW 2024, 607 = StV 2024, 156 = KR 2024, 300

Anordnung einer Wohnungsdurchsuchung ist unangemessen und verletzt damit den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, wenn Schwere des Eingriffs außer Verhältnis zu dem verfolgten Zweck steht. Das kann der Fall sein, wenn im Rahmen einer umfassenden Gesamtabwägung, welche hohe Bedeutung der Unverletzlichkeit der Wohnung in den Blick nimmt, ein nur schwacher Anfangsverdacht einer vollendeten Sachbeschädigung (hier: an einem Werbeplakat der Bundeswehr), die fehlende Schwere der Tat, die geringe Wahrscheinlichkeit des Auffindens der erhofften Beweismittel und deren untergeordnete Bedeutung für das Strafverfahren festgestellt werden.

BVerfG,
05.12.2023,
NJW 2024, 575
= NSTZ-RR 2024, 116

Strafprozessrecht Aufsätze

Zu strafprozessualen Durchsuchungsmaßnahmen am Beispiel einer Durchsuchung bei einem sog. „Oligarchen“

Hiller,
NJ 2024, 208

Die Positivierung des Einsatzes von V-Personen und im Besonderen von agents provocateurs: Rechtsstaatlichkeit auf halbem Wege oder mit der Brechstange?

Duttge,
KriPoZ 2024, 189

Staatliche Lockspitzel zwischen Strafprozess- und Polizeirecht

Walter, NJW 2024, 993

Gesetzliche Regelung für V-Personen im Strafverfahren

Zöller, ZRP 2024, 79

Dürfen verdeckte Ermittler im türkischen Strafprozessrecht während der Erhebung von Beweismitteln Ton- und/oder Videoaufzeichnungen machen?

Tütüncü,
ZIS 2024, 134

Polizeiliche Bodycamaufnahmen als Beweismittel im Strafverfahren in Nordrhein-Westfalen – Eine kritische Betrachtung

Konietzko,
KR 2023, 515

Versammlungsrecht Rechtsprechung

Ein öffentlich zugänglicher Wald ist grundsätzlich ein geeigneter Versammlungsort im Sinne des Art 8 Abs. 1 GG. Zu den Anforderungen an versammlungsrechtliche Auflagen.

OVG Berlin-Brandenburg,
16.05.2024,
NJ 2024, 327

Mit der Qualifikation als „Verhinderungsblockade“ kann der Versammlungsschaarakter einer Personenzusammenkunft, bei der es jedenfalls auch zu in den Rahmen der öffentlichen Meinungsbildung einzuordnenden Bekundungen kommt, allenfalls dann verneint werden, wenn das kommunikative Anliegen und der Einsatz entsprechender Kommunikationsmittel in handgreiflicher Weise einen bloßen Vorwand darstellen. Jedenfalls solche unfriedlichen Versammlungen, die von Beginn an und dann durchgehend einen unfriedlichen Charakter haben, bedürfen vor einer Anwendung des Landespolizeirechts keiner Auflösung nach § 15 III VersG.

BVerwG,
27.03.2024
NVwZ 2024, 1008,
= NVwZ 2024, 976 (Anm. Michl)

Der Inhalt von Meinungsäußerungen als solcher ist versammlungsrechtlich nur relevant, wenn es sich um Äußerungen handelt, die einen Straftatbestand erfüllen. Werden die entsprechenden Strafgesetze missachtet, liegt darin eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit.

VGH Kassel,
22.03.2024,
DVBl 2024, 776 = NVwZ
2024, 847 = NJW 2024, 1780
(Anm. Hippeli)

Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit einer versammlungsrechtlichen Auflage, durch die eine im Zuge der Versammlung geplante Projizierung von Bildern und Videos an die Fassade einer ausländischen Botschaft unter Hinweis auf Art. 22 II WÜD untersagt wird, ist zu berücksichtigen, dass die Auflage nicht nur dem Schutz von Eigentumsrechten, sondern dem Schutz des Friedens und der Würde

BVerfG,
23.02.2024,
NVwZ-RR 2024, 305
= NJW 2024, 1028

der diplomatischen Vertretung dient und damit auch im Interesse des Empfangsstaates am Bestehen unverzichtbarer institutioneller Mindestvoraussetzungen für das diplomatische Verhältnis souveräner Staaten liegt.	
Auflagen zur Blockade durch demonstrierende Bauern an Autobahnauffahrten. Es besteht eine hinreichende Wahrscheinlichkeit der Gefahr für das Durchkommen von Einsatz- und Rettungskräften sowie die Sicherheit und Leichtigkeit der sonstigen Verkehrsteilnehmenden.	OVG Berlin-Brandenburg, 06.01.2024, NVwZ-RR 2024, 551
Ob Parole „From the river to the sea ...“ dem Kennzeichenbegriff des § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 VereinsG unterfällt und damit strafbar ist, ist als offen anzusehen. Bei einer Verwendung der Parole „Israel Kindermörder“ ist eine Strafbarkeit nach § 130 StGB im vorliegenden Einzelfall voraussichtlich nicht gegeben.	VG Karlsruhe, 17.12.2023, VBIBW 2024, 250
Versammlungsverbote und -beschränkungen können auch durch personenbezogene Allgemeinverfügung ergehen, denn auch Regelung einer komplexen Versammlungslage kann aufgrund räumlicher und zeitlicher Kriterien noch als konkret-generelle Regelung eines Einzelfalls im Sinn von Art. 35 S. 2 BayVwVfG verstanden werden. Mit Art. 8 I GG nicht zu vereinbaren, wenn mit versammlungsrechtlicher Allgemeinverfügung auch solche Versammlungen beschränkt werden, die im Hinblick auf die relevanten Schutzgüter (unter anderem Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, Schutz des Lebens und die Gesundheit Dritter) völlig ungefährlich sind oder deren Gefährlichkeit jedenfalls keine derartig umfassende Beschränkung rechtfertigen.	VHG München, 13.09.2023, NJW 2024, 1761

Versamlungsrecht Aufsätze

Einführung in das Nordrhein-Westfälische Versamlungsrecht – Teile 3 bis 6	Braun, Polizeiinfo 06/2023, 15, Polizeiinfo 01/2024, 39, Polizeiinfo 03/2024, 36
Entwurf des „Gesetzes über den Schutz der Versamlungsfreiheit im Freistaat Sachsen“ – die neuen Regelungen zu Bild- und Tonaufzeichnungen sowie Übersichtsbildübertragungen bei öffentlichen Versamlungen nach § 11 SächsVersG-E	Elzermann, LKV 2024, 49
Die Schranken der Versamlungsfreiheit in Art. 14 II HV	Gmeiner, GSZ 2024, 61
Der Entwurf des „Gesetzes über den Schutz der Versamlungsfreiheit im Freistaat Sachsen“ – und die neue Transferklausel des § 13 SächsVersG-E	Elzermann, VR 2024, 114
„Zum Glück sind Bauern keine Klimakleber!“	Fricke, Vorgänge 244, 157
Israelfeindliche Versamlungen, Bauerndemos, das Z-Symbol und mehr	Peters/Janz, GSZ 2024, 125
Öffentliche Versamlungen und Hausrechtsregime: Rollfeld und Co. als Orte politischer Willensbetätigung?	Enderns/Schwier, NVwZ 2024, 548
Besetzte Hochschulautonomie: Berliner Verhältnisse am Tag des Grundgesetzes	Plöse/Rusteberg, VerfBlog, 2024/6/03
Verfassungsfeindlicher Protest und Versamlungsrecht	Koch, VerfBlog, 2024/5/30
Neue Schutzaufgaben sowie die Neukonturierung des Kooperationsprinzips im Versamlungsrecht	Elzermann, NJ 2024, 155
Klimaprotest und Strafrecht – zur Verwerflichkeit gemäß § 240 Abs. 2 StGB	Makepeace, ZIS 2024, 159
„Klima-Kleber“ und ziviler Ungehorsam	Pfahl-Taughber, RuP 2024, 12

Präventiv-polizeiliche Eingriffe im Straßenverkehr
(Rechtsprechung und Aufsätze)

Geschwindigkeitsmessungen – stets zum Nutzen für die Verkehrssicherheit?

Trottenberg,
PVT 2024/03, 37